

Der Gaza-Krieg und der Rechtsruck in Israel haben die Nahost-Agenda von Barack Obama durcheinandergewirbelt. Ursprünglich hatte der US-Präsident aber ganz andere Pläne. In den Winterwochen war in Washingtons Think Tanks die Nachricht durchgesickert, das Obama-Team wolle die „syrische Front“ zuerst angehen und auf einen regionalen Nahost-Frieden setzen. Diese Idee hatte auch Anhänger in Israel gefunden: zunächst für eine berechenbarere Nachbarschaft sorgen und danach das komplexe Palästinenser-Problem angehen. Syriens Allianz mit dem Iran soll durch die Rückgabe der besetzten Golan-Höhen zumindest gelockert und damit die Hisbollah geschwächt werden. Doch nun absorbieren die Palästinenser wieder die politische Aufmerksamkeit. Die Syrien-zuerst-Strategie erscheint zunächst nicht mehr plausibel. Die so euphorisch im Mai 2008 bekannt gemachten „Geheimverhandlungen“ zwischen Syrien und Israel unter Vermittlung der Türkei liegen auf Eis. Die Fronten in der Region sind verhärtet und verworren zugleich, wenn man die israelische und die palästinensische Innenpolitik dazuzählt. Doch nicht alle Pläne sind unbrauchbar geworden. Sogar ein Ministerpräsident Benjamin Netanjahu muss nicht ein Ende aller Kontakte zu Syrien bedeuten. Zwar hatte er im Wahlkampf geschworen, eine Rückgabe des Golan werde er niemals zulassen. Früher hielt aber auch er diesen Schritt für möglich. Sicherheitsgarantien aus Syrien bedeuten mehr Hand-

lungsfreiheit gegen die Palästinenser. Eine Sensation sind die Verhandlungen ohnehin nie gewesen. Denn Israel und Syrien stehen seit Jahren in Kontakt, seit den Madrider Friedensverhandlungen 1991 und selbst in Zeiten hoher Spannungen wie nach dem Irak-Krieg 2003. Eigentlich geht es nur um wenige Dutzend Meter Land, die beide von einem Friedensabkommen trennen. Längst ist alles besprochen worden, was es zu besprechen gibt. Vielfältige Kompromissideen um die Golan-Höhen liegen auf dem Tisch, bis hin zu Vorschlägen eines demilitarisierten Naturparks, der für beide Seiten als Naherholungsgebiet zugänglich sein soll.

Verfahrenre Lage

Anfang 2000, als um ein Haar eine Einigung zwischen Syriens kränkelndem Präsidenten Hafez al-Assad und Israels Ministerpräsident Ehud Barak erreicht worden war, waren die Rahmenbedingungen noch viel günstiger als heute. Die Gelegenheit von Shepherdstown (West Virginia) wurde verspielt. Israel war kurzzeitig bereit, den Golan bis zu den Grenzen von 1967 zurückzugeben, und Syrien machte weitgehende Zugeständnisse in den Bereichen Sicherheit und der Normalisierung der Beziehungen. Doch gegen Ende der Verhandlungen fürchtete Barak die öffentliche Meinung in Israel und machte einen Rückzieher. Das empfand Assad als Verrat. Er wollte auf keinen Meter östlich des Sees Genezareth verzichten.

Doch die Situation im Jahr 2009 sieht verfahrenere aus als noch Anfang 2000. Dafür gibt es vier Gründe.

Erstens: Die Probleme im Gaza-Streifen nach dem Abzug israelischer Truppen im August 2005 machen es schwieriger, der öffentlichen Meinung Israels eine weitere Freigabe besetzten Landes zu vermitteln. Das Abfeuern von selbst gebauten Raketen von Hamas-Kämpfern macht die Verwundbarkeit der territorialen Sicherheit Israels offensichtlich. Auch der Rückzug israelischer Truppen aus dem Libanon im Mai 2000 und die Angriffe von jenseits der Grenze im Sommerkrieg 2006 machen dies deutlich. Die Zusagen für die Sicherheit des Landes – der wunde Punkt in Israels kollektiver Psyche – müssen also umso glaubwürdiger und kontrollierbarer sein. Doch das Vertrauen zwischen Tel Aviv und Damaskus fehlt.

Zweitens: Aus verschiedenen Gründen sind die Regierungen beider Staaten derzeit schwächer als noch 2000. Sie besitzen bedrohliche Feinde im Inneren, ob in Form einer starken Opposition oder Zersplitterung wie in Israel oder durch feindliche Gruppierungen in Syrien, welche den inneren Frieden im Land gefährden. Friedensgespräche jedoch benötigen starke Regierungen, die auch einmal die öffentliche Meinung ignorieren können, ihre Versprechen einhalten und die Bevölkerung von der Annahme der Vereinbarungen überzeugen. Auch die USA haben bis Ende 2008 eine extrem schwache Regierung gehabt, was sich negativ auf den Friedensprozess im Nahen Osten ausgewirkt hat.

Drittens: Nach dem Irak-Krieg hat sich Syrien zunehmend ins antiwestliche Lager begeben und Allianzen gebildet mit Ländern wie dem Iran, Nord-Korea oder Venezuela. Grund waren unter anderem fehlende außenpolitische Alternativen, nachdem die Gut-Böse-Rhetorik aus dem Anti-Terror-Krieg der USA eine Isolierung betrieben hatte und der Versuch, Syrien und

sein Geheimdienst-Potenzial im Kampf gegen islamistische Terroristen einzubinden, aufgegeben worden war. Es wird extrem schwierig worden war, Syrien zu bewegen, sich von seinen Verbündeten abzuwenden, die dem Land in bedrohlichen Zeiten zur Seite gestanden haben.

Viertens: Besonders die Bindung Syriens zu Iran und Hisbollah hat für Syrien in den vergangenen Jahren eine große Bedeutung gewonnen. Die Hisbollah hat seit dem Sommerkrieg 2006 an innenpolitischer Macht im Libanon gewonnen im heiklen politischen Gefüge des fragilen Staats. Die Hisbollah ist inzwischen weniger von Syrien abhängig (wie noch unter Hafez al-Assad) als Syrien von der Hisbollah.

Vorsichtiger Optimismus

Doch trotz der verschlechterten Lage seit 2000 und trotz des Krieges im Gaza-Streifen, der die palästinensische Frage wieder in den Vordergrund gespült hat, bestehen Gründe für vorsichtigen Optimismus: Die innenpolitische Entwicklung Israels begünstigt Verhandlungen mit Syrien. Durch den Verlust des Repräsentationsmonopols der Fatah und der Spaltung der politischen und territorialen Landschaft der Palästinenser in Fatah und Hamas sind Friedensverhandlungen und die Ausschaltung von sogenannten Spoilern zunehmend schwierig geworden. Daher favorisieren führende israelische Politiker und Geheimdienstvertreter Verhandlungen mit Syrien, um zunächst einen Stein aus dem Weg zu räumen und den Rücken für den Konflikt mit den Palästinensern freizubekommen. Einige Politiker in Israel favorisieren eine parallele Vorgehensweise (*two-track diplomacy*) wie der bisherige Premierminister Ehud Olmert und seine Außenministerin Zippi Livni. Doch selbst unter einem Premierminister von rechts außen wie Benjamin Netanjahu könnten die Verhandlungen mit Syrien vorankommen,

da er zwar eine äußerst harte Linie gegenüber den Palästinensern vertritt, aber gerade deshalb die Front zu Syrien bereinigen möchte. Insgesamt scheint sich die Linie in Israel durchzusetzen, dass ein Friedensprozess in regionalen Dimensionen gedacht werden muss, um Israels Sicherheitslage nachhaltig zu verbessern.

Ein großer Vorteil ist, dass die syrische und die palästinensische Frage auch aus syrischer Perspektive inzwischen getrennte Portfolios darstellen. Im Mai 2003 hatte Baschar al-Assad ein geheimes Zugeständnis seines Vaters von Shepherds-town aufgegriffen und sich bereit erklärt, jede Entscheidung der palästinensischen Führung in Verhandlungen mit Israel zu akzeptieren. Bis dahin hatte Syrien immer darauf bestanden, die Interessen der Palästinenser mit zu vertreten, auch als Bestandteil der panarabischen Ideologie. Umgekehrt bedeutet dies: Selbst wenn die palästinensische Frage nicht zufriedenstellend gelöst ist, ist Syrien zu einem Frieden mit Israel bereit.

Eine neue Dynamik

Syrien hatte Ende 2003 aufgehört, Vorbedingungen für erneute Verhandlungen mit Israel zu stellen. Zuvor war die Haltung von Damaskus gewesen, die Gespräche dort anknüpfen zu lassen, wo sie 2000 abgebrochen waren. Das implizierte, dass Syrien den gesamten Golan in den Grenzen von 1967 zurückerhalten würde. Dieses Versprechen hatte erstmals der ermordete israelische Premierminister Izhak Rabin gegeben.

Anders als im Jahr 2000 fanden die Gespräche zwischen Syrien und Israel nicht mit Rückendeckung der USA statt. Sie standen im Widerspruch zur Politik der Regierung Bush. Das wird sich jedoch unter Barack Obama ändern. Weder Israel noch die USA haben derzeit Interesse daran, einen gewalttätigen Regimewechsel in Damaskus vom Zaun zu brechen. Das war nach dem unerwartet schnellen

Erfolg des US-Militärs beim Einmarsch in den Irak 2003 noch anders. Inzwischen hat sich die pragmatisch-realistische Schule durchgesetzt, ein diktatorisches säkulares Regime in Syrien sei besser als ein ethno-religiöses Gewaltszenario wie im Irak und ein politisches Vakuum, in dem radikale Islamisten und Terroristen ihre Macht ausspielen könnten. Die Zeit ist vorbei, als Israel abwartete, wie sehr Syrien durch die US-Isolation geschwächt werden würde, um seine Verhandlungsposition zu verbessern. Heute wollen Israel und die USA unter einem neuen Präsidenten genau mit diesem Regime verhandeln, das zumindest die notwendige Stabilität für ein solches Wagnis zeigt.

Die Tatsache, dass diesmal nicht die USA, sondern ein regionaler Akteur wie die Türkei die Hauptrolle bei den Verhandlungen spielt, hat eine neue Dynamik ins Spiel gebracht. Washington und Brüssel haben aus unterschiedlichen Gründen wiederholt als Makler im Nahen Osten versagt. Jetzt erhält erstmals eine rein regionale Konstellation ihre Chance. Die Türkei wird von Israel wegen seiner langjährigen NATO-Mitgliedschaft und seiner traditionellen Allianz mit den USA respektiert. Unter Arabern und Muslimen hat die Türkei an Standing gewonnen als gelungenes Beispiel, Demokratie westlichen Stils und Islam fruchtbar miteinander zu verbinden. Selbst konservative Muslime in den meist säkularen Diktaturen der Region erkennen dies inzwischen zunehmend an. Zudem hat sich die Außenpolitik der regierenden AKP darauf konzentriert, die nachbarschaftlichen Beziehungen der Türkei zu den arabischen Staaten, vor allem zu Syrien, wieder auf festeren Boden zu stellen.

Trotz der regionalen Konstellation werden die Verhandlungen auf die Rolle der USA nicht verzichten können. Besonders die Syrer legen großen Wert da-

rauf, dass ein Friedensabkommen letztendlich von den USA vermittelt und garantiert wird. Erst im Januar bekräftigte Baschar al-Assad, er sei bereit, mit Präsident Obama zu kooperieren.

Wie Shlomo Avineri kürzlich unterstrich, liegt die einflussreichste Rolle der USA im Nahen Osten in zwei Szenarien: wenn es darum geht, einen offenen Krieg zu beeinflussen oder zu verhindern, oder wenn die Grundlagen für Verhandlungen von den betroffenen Seiten gelegt sind und nur noch der Endspurt in Detailfragen geleistet werden muss. Das letztere Szenario könnte bald gegeben sein.

Ausbruch aus der Isolation

Syrien hat in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 bemerkenswerte Schritte unternommen, um aus der westlichen Isolation auszubrechen. Damit erfüllte es zugleich einige wichtige Anliegen westlicher Politik im Vorfeld der Verhandlungen oder näherte sich ihnen zumindest an. Dazu zählt vor allem die Normalisierung der Beziehungen zum Libanon, inklusive des Austausches von Botschaftern zum ersten Mal in der Geschichte beider Staaten, der Regelung von Grenzfragen und der Erklärung der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Diese gewandelte Haltung in Damaskus hat letztendlich die monatelange Krise und das politische Vakuum in Beirut beendet. Eine weitere Forderung des Westens und besonders Israels ist, palästinensischen Organisationen keine Obhut mehr in Syrien zu gewähren. Im September 2008 verlaute überraschend, Hamas-Führer Khaled Maschaal werde aus Syrien ausreisen. Dies ist allerdings bisher nicht geschehen und durch den Gaza-Krieg unwahrscheinlicher geworden.

Die offensichtliche Einbindung Syriens in westliche Gesprächsrunden wie auf dem EU-Gipfel zur Mittelmeer-Union unter Leitung Frankreichs am 12. Juli 2008

in Paris, zunehmende Besuche westlicher Politiker, auch einer wissenschaftlichen Delegation des Obama-Lagers, in Damaskus Ende 2008 zeigen, dass die härteste Zeit der Isolation für Syrien beendet scheint. Auch den Amerikanern ist Damaskus deutlich entgegengekommen durch stärkere Kontrollen an der syrisch-irakischen Grenze, um das Durchsickern von islamistischen Terroristen zu verhindern. Selbst von der kontroversen Militäraktion der USA auf syrischem Boden am 26. Oktober 2008 in der Gegend von Abu Kamal, bei der mehrere syrische Staatsbürger ums Leben kamen, soll der syrische Geheimdienst gewusst und dies stillschweigend geduldet haben. Erst als die Mission offensichtlich misslang und Unschuldige getroffen wurden, konnte Damaskus nicht länger schweigen und drückte seine Empörung aus. Jedenfalls haben Syrien und die USA historisch ein gemeinsames Interesse, das nun wieder stärker in den Vordergrund rücken könnte: die Bekämpfung des radikalen Islamismus und seiner terroristischen Auswüchse.

Der Test wird sein, ob es Baschar al-Assad gelingt, ebenso wie sein Vater auf allen Hochzeiten gleichzeitig zu tanzen, ohne dabei auf dem Parkett des Nahen Ostens zu stürzen. Das heißt, die enge Bindung zum Iran und zur Hisbollah beizubehalten und sich gleichzeitig den USA und den europäischen Staaten anzunähern; die Interessen sowohl des Iran als auch Saudi-Arabiens im Libanon zu balancieren; Dschihadis in den Irak ziehen zu lassen, um sie auf syrischem Territorium loszuwerden, und zugleich gute Beziehungen zu Bagdad und Washington zu pflegen; Friedensverhandlungen mit Israel zu führen, ohne die Bindungen zu Hamas und Hisbollah zu beeinträchtigen. Unter Hafez al-Assad machte der Satz die Runde, Syriens bestes Exportprodukt sei seine Außenpolitik. Denn aus allen Konstellationen konnte der erfahrene Stra-

tege Vorteile ziehen. Doch ob Baschar al-Assad das ebenfalls gelingt, scheint fraglich. Den politischen Instinkt seines Vaters hat er bisher nicht bewiesen, und die internationale Lage ist komplexer als zu Zeiten des Kalten Krieges.

Dennoch hat Baschar al-Assad in den vergangenen Monaten große Fortschritte gemacht und sich durch wohldosierte, aber wichtige Zugeständnisse deutlich mehr Bewegungsfreiheit geschaffen. Syrien zu isolieren hat zu negativen Konsequenzen geführt. Das Land ist abgedriftet Richtung Iran und hat sich vom Einfluss westlicher Akteure entfernt. Die syrische Opposition, vor allem die säkulare und intellektuelle Zivilgesellschaftsbewegung, hat unter der außenpolitischen Isolation und der Nervosität des Regimes in Damaskus gelitten und leidet weiter. Die führenden Köpfe sind im Gefängnis, und der Freiraum, den Assad zum Amtsantritt versprochen hatte, ist niemals eingetreten. Sicherheit statt demokratischer Experimente ist die Politik Syriens, dessen Regime noch vor wenigen Jahren einen militärischen Sturz von außen fürchten musste.

Das Land ist intern zerrissener als früher und stärker von islamistischen Zellen durchdrungen, als es jemals unter Hafez al-Assad denkbar gewesen wäre, wenn gleich immer noch in geringerem Maße als beispielsweise Jordanien oder Ägypten. Von so vielen außenpolitischen Problemen umgeben und mit tiefen Gräben und Feindschaften in seinem eigenen Familienclan kämpfend, kann es sich Baschar al-Assad derzeit nicht leisten, eine weitere interne Front aufzumachen und die Islamisten frontal und konsequent zu bekämpfen. Falls er außenpolitisch wieder aufatmen kann, könnte sich dies positiv im Inneren des Landes auswirken. Handfeste Beweise, dass er das Land

nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch reformieren will, sind allerdings bisher ausgeblieben.

Ein Frieden mit Israel, der von beiden Seiten als fair akzeptiert werden kann, könnte die politische Spannung, Polarisierung und feindliche Propaganda in Israels Nachbarschaft reduzieren und auch Syrien innenpolitisch beruhigen helfen. Die Mehrheit der syrischen Bevölkerung jedenfalls hat die Existenz Israels zähneknirschend weitgehend akzeptiert – in den Grenzen von 1967 – und würde sich nicht gegen ein Abkommen stellen, wenn dies gut vermittelt würde. Die Mittelschicht, darunter besonders die sunnitische Handelsklasse, ist pragmatisch und an wirtschaftlichem Fortschritt interessiert.

Trotz interner Probleme und einer außenpolitischen Schwächung nach Hafez al-Assad ist Syrien weiterhin ein unentbehrlicher Bestandteil eines regionalen Entspannungsszenarios. Syrien hat das Potenzial, sowohl die Lösung als auch das Problem zu sein. Daher ist es unentbehrlich, Syrien in ein regionales Sicherheitskonzept einzubinden. Derzeit scheint jedoch die Zeit für ein Gelingen der Friedensverhandlungen mit Israel noch nicht reif. Die teilnehmenden Akteure haben zwar Interesse an einer Lösung, aber noch nicht die politische Stärke, um Kompromisse nach außen zu machen und Verhandlungen innenpolitisch abzusichern.

Die Fortschritte, die im Jahr 2008 gemacht wurden, sind trotz allem beachtlich. Syrien hat gezeigt, dass es bereit ist, sich zu bewegen. Gleiches gilt für Israel. Wenn sich die innenpolitische Situation in Israel und den USA stabilisiert, können weitere Schritte folgen. Bis dahin sind die Verhandlungen in den Händen der Türkei gut aufgehoben.